

Rede von Klaus Ernst auf dem Programmkonvent der LINKEN

Hannover, 07. November 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir heute unseren Programmentwurf diskutieren, können wir auf unsere Arbeit, auf **DIE LINKE als ein Erfolgsmodell** zurückblicken: Warum? Einfach deshalb, weil es uns in der Vergangenheit gelungen ist, die ganz konkreten Interessen der Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen und weil es offensichtlich so war, dass eine Vielzahl der Menschen in unserem Land uns und unsere Politik so erwartet haben. Wir sind ein praktischer Korrekturfaktor der neoliberalen Politik geworden und nun es darum, dass wir noch stärker zum Motor für einen sozialen, demokratischen und friedlichen Wandel werden. Dafür ist unsere Programmdebatte eine hervorragende Gelegenheit.

Liebe Genossinnen und Genossen, was muss unser neues Programm leisten? In unserem Programm müssen wir eine Antwort auf die Frage finden: **Was heißt demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert?**

DIE LINKE war nie Selbstzweck. Die strategische Kernaufgabe des Programms besteht darin, eine moderne Politikkonzeption vorzustellen und gleichzeitig mit anderen gesellschaftlichen Kräften zu einer **wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse** beizutragen.

Der **Finanzmarktkapitalismus hat zu einer dramatischen Verschiebung der Macht- und Kräfteverhältnisse** in Politik und Gesellschaft geführt. Die Folgen dieser Herrschaft können wir heute in allen kapitalistischen Ländern besichtigen, vor allem auch bei uns in der Bundesrepublik. Wir haben einen Anstieg der Lohnquoten, die Kinderarmut nimmt zu, der Niedriglohnbereich weitet sich aus, prekäre Arbeitsverhältnisse werden immer mehr, und in der letzten Konsequenz geht es darum, in der Bundesrepublik die Demokratie auszuhöhlen. Auf diese Herausforderungen müssen wir mit unserem Programm eine Antwort geben.

Wenn wir vom demokratischen Sozialismus reden, dann dürfen wir das nicht so tun, wie eine Gruppe Kunststudenten, die über die richtige Komposition eines Gemäldes und die richtige Farbauswahl spricht. Der demokratische Sozialismus ist kein Gemälde in einem Revolutionsmuseum, wir reden nicht von einem Zustand, sondern von einem Prozess, einem **Kompass für unsere Politik**. Dabei haben wir uns vier entscheidende Fragen zu stellen.

Die erste Frage ist die **Verteilungsfrage**: Wer bekommt das, was in unserem Land kollektiv von sehr vielen Menschen in Samstags-, in Sonntagsarbeit, unter unwürdigen Bedingungen produziert wird? Das ist eine der Kernfragen, die wir beantworten müssen.

Die zweite Frage ist die **Frage der Gerechtigkeit**: Wie stellen wir uns den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts vor? Welche Rolle weisen wir ihm zu und wie gestalten wir seine Finanzierung, um eine Gesellschaft zu gestalten, in der niemand unter die Räder kommt. Ich meine vor allem auch die, die sich nicht an der Erwirtschaftung des gesellschaftlichen Reichtums beteiligen können? Wir stellen uns einen Sozialstaat vor, in dem alle aufgefangen werden und niemand aus dem Netz fällt.

Die dritte Frage ist die **Friedensfrage**: Wie tragen wir dazu bei, Frieden zu schaffen und zu erhalten? Gesine hat zu diesem Punkt schon einiges gesagt.

Und die vierte Frage, der wir uns zuwenden müssen, die die **Frage der Demokratie**: Wie schaffen wir es, das die Menschen in unserem Land wieder die Herrschaft über politische und auch ökonomische Entscheidungen treffen können? Wie können wir dem Grundsatz – „Alle Macht geht vom Volke aus.“ tatsächlich Geltung verschaffen?

Als erstes zur **Frage der Verteilung**: Für uns muss im Mittelpunkt stehen:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer produzieren den gesellschaftlichen Reichtum – er muss ihnen auch zugutekommen. In der Vergangenheit wurden sie systematisch um ihren Anteil am erwirtschafteten Reichtum gebracht. Sinkende Lohnquoten auf der einen Seite und explodierende Gewinne auf der anderen Seite sind ein Ausdruck dieser Enteignung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Uns wird vorgeworfen, wir würden andere enteignen wollen. Wir wollen die **millionenfache Enteignung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stoppen**, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb treten wir dafür ein, dass wir unabhängige und starke Gewerkschaften in unserem Lande haben, die auch ein entsprechendes Streikrecht bekommen. Wir sind dafür, dass das **Streikrecht in dieser Gesellschaft ausgeweitet** werden muss, damit die Gewerkschaften in die Lage versetzt werden, wieder vernünftige Löhne durchzusetzen.

Aber starke Gewerkschaften sind aber nur erfolgreich in einem **Arbeitsrecht ohne Lohnbremsen**. Deshalb sind unsere Forderungen zur Begrenzung von Leiharbeit, zur Eindämmung befristeter Arbeitsverhältnisse, die Abschaffung der Beschäftigung ohne Sozialversicherung und zur Begrenzung der Arbeitszeit so wichtig.

Die Verteilungsfrage in der Bundesrepublik macht sich immer noch am Kampf um einen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn** fest. Dieser Kampf steht praktisch in der Geburtsurkunde unserer Partei. Und ich sage: Wir sind diese Partei, die dazu beitragen wird, dass dieser Mindestlohn auch in der Bundesrepublik durchgesetzt werden kann, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir wollen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihre Würde wieder geben. Jeder muss von seiner Arbeit leben können. Zu starke Lohnspreizung ist der Treibsatz der Ungleichheit, deshalb muss es eine Untergrenze geben. Wir sagen: **10 Euro pro Stunde** in den nächsten Jahren. Davon rücken wir nicht ab.

Ein entscheidender Gedanke muss sein: Wir akzeptieren keine Löhne zulasten Dritter: Löhne, die so niedrig sind, dass der Staat sie aufstocken muss, werden zulasten des Steuerzahlers vereinbart. Übrigens auch, wenn sie es in einem Tarifvertrag vereinbart werden. Wir müssen Sittenwidrigkeit neu definieren. **Löhne zulasten Dritter sind sittenwidrig**. Ich meine: Verträge, die zulasten Dritter gehen, müssen verboten werden.

Die Bundesregierung sagt selbst: Ein Alleinstehender muss mindestens 7,21 Euro die Stunde verdienen, um mit einem Vollzeitjob aus Hartz IV rauszukommen – das gilt schon für den heutigen unanständig niedrigen Hartz-IV-Satz. Wir wissen außerdem: Man muss 10 Euro die Stunde verdienen, um nach 45 Versicherungsjahren im Alter eine Rente über der Grundsicherung zu erhalten. Löhne unter 10 Euro führen dazu, dass der Staat im Alter einen Teil der Renten zahlen muss – das gilt schon heute, unter den Bedingungen einer unanständig niedrigen Grundsicherung im Alter. Fazit: Unter 7, 21 Euro die Stunde muss der Staat die Löhne zahlen, unter 10 Euro die Stunde die Renten. Alles darunter sind sittenwidrige Löhne,

die verboten gehören. **Mit anderen Worten: 10 Euro Mindestlohn sind das Minimum,** liebe Genossinnen und Genossen.

Gute Löhne sind auch eine entscheidende globale Wachstumsfrage. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern sind **unsere Reallöhne nicht mit der Produktivität gestiegen.** Die Lohnstückkosten sind in den letzten 10 Jahren nur um ein Drittel des Wertes des europäischen Durchschnitts gewachsen. Durch unsere niedrigen Löhne wächst unsere Exportindustrie auf Kosten der anderen Länder Europas. Durch unsere niedrigen Löhne verschärfen wir die Standortkonkurrenz und setzen andere Länder unter Druck, ihre Löhne und Sozialleistungen ebenfalls zu senken, wollen sie konkurrenzfähig bleiben.

Über 1.000 Milliarden Euro Außenhandelsüberschuss in den letzten zehn Jahren sind für unsere Nachbarländer nicht akzeptabel. Frankreich und andere werden bald nicht mehr dulden, dass wir mit unseren Dumpinglöhnen ihre wirtschaftliche Entwicklung und die gemeinsame Währung gefährden. Das Stabilitätsgesetz von 1967 schreibt **außenwirtschaftliches Gleichgewicht** als Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik vor.

Wir brauchen eine Debatte darüber, wie wir dieses richtige Ziel auf europäischer, letztlich auf globaler Ebene verankern. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir international eine **Exportüberschussbremse als Ergänzung der Stabilitätskriterien** verankern. Die Exporte und Importe eines Landes müssen in einem akzeptablen Verhältnis zueinander stehen. Darüber brauchen wir verbindliche Vereinbarungen. Kein Land darf auf Dauer Exportüberschüsse zulasten anderer Länder mit niedrigen Löhnen im eigenen Land durchsetzen. Da müssen wir einen Riegel vorschieben, liebe Genossinnen und Genossen.

Die Überschüsse der einen sind die Schulden der anderen. Es macht keinen Sinn, Schulden machen verbieten zu wollen, aber sogleich Milliardenüberschüsse im Außenhandel zu produzieren. Der Fokus muss weg von den Defiziten und hin zu den Überschüssen. Zentrale Regel sollte sein, dass die Leistungsbilanz eines Landes über einen bestimmten Zeitraum – ich schlage vier Jahre vor – ausgeglichen sein muss. Wenn ein Land hohe Überschüsse erwirtschaftet, dann müssen die Alarmglocken schrillen, damit ein Plan für den Abbau entwickelt wird.

Was würde dann in Deutschland passieren? Die Bundesrepublik müsste von ihren extrem hohen Exportüberschüssen herunter kommen. **Die Bundesregierung müsste alles dafür tun, dass die Massennachfrage steigt.** Was meint ihr, wie schnell wir einen Mindestlohn hätten, wie schnell wir „Equal Pay“ in der Leiharbeit hätten, wie schnell die Rentenkürzungen kassiert würden, und wie schnell die Hartz-Sätze steigen würden. Das wäre das Gegengewicht zu den Defizitregeln: ein **europäischer, ein internationaler Lohnerhöhungsmotor.**

Die zweite wesentliche Frage ist die **Frage des Sozialstaates.** „Sozialstaat“ besitzt einen zentralen Stellenwert im Programm der Linken. Wir sind 2005 entstanden und erfolgreich in den Bundestag eingezogen, nicht weil wir den Sozialismus wollten, sondern weil wir die einzigen waren, die den Sozialstaat konsequent und entschieden gegen Angriffe verteidigt haben.

Neben der Ausgestaltung ist die Finanzierung des Sozialstaates ins Zentrum zu stellen. Einen armen Staat regieren ist wie Schlittenfahren, links oder rechts, es geht immer bergab. und genau das wollen wir verhindern. **Einen schwachen Staat können sich nur die Reichen leisten.**

Ein **gerechtes Steuersystem** ist neben der Lohnfrage eine entscheidende Frage für Bändigung des Finanzmarktkapitalismus. Nicht erhobene Steuern bei den Besser- und Bestverdienenden werden auf dem einen oder anderen Weg zum Spielgeld der Spekulanten. Deshalb wollen wir eine Millionärssteuer. Deshalb wollen wir einen höheren Spitzensteuersatz und eine höhere Unternehmensbesteuerung. Deshalb wollen wir eine Erbschaftssteuer, die die Vorgaben der bayerischen Verfassung erfüllt: „Die Erbschaftssteuer dient auch dazu, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“

Wir sind für eine **Erneuerung des Sozialstaats** – manche unserer Gegner werfen uns Rückwärtsgewandtheit, zurück in die 70er Jahre, vor. Auch der eine oder andere in den eigenen Reihen plappert das aus meiner Sicht ungerechtfertigter Weise nach. Ich frage euch: was war und ist schlecht daran, dass man mit seinem Lohn seine Familie – wen auch immer man dazu zählt – ernähren konnte. Und ich frage, was war schlecht daran, dass die Rente den Lebensstandard gesichert hat, dass es eine Bildungsoffensive gab, dass Schulen und Universitäten finanziert wurden, anstatt Bundeswehreinätze im Ausland? Was war daran eigentlich schlecht, liebe Genossinnen und Genossen?

Wir sind allerdings auch nicht blind und sehen sehr wohl, dass es immer mehr Menschen gibt, die nicht in großen Fabriken arbeiten, dass immer mehr Menschen im Dienstleistungsbereich beschäftigt sind, dass die Wirtschaft ihre technologische Basis verändert hat und sich mit ihr auch die Arbeitsweisen und die Vorstellungen von einem guten Leben verändern. **Die Zeiten, in der ein meist männliches „Familienoberhaupt“ aus seiner Ernährerrolle Vorrechte ableiten konnte, sind definitiv und Gott sei Dank vorbei.**

Daraus lässt sich aber nicht ableiten, dass – ich sage das auch mit Blick auf eine Kritik am Programmwurf – unser Arbeitsbegriff veraltet ist. Selbst wenn es ausufernde theoretische Debatten um unseren Arbeitsbegriff im Programm gibt, so ist er doch für viele, die uns wählen oder wählen sollen, real, ob uns das gefällt oder nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Ich bitte immer zu berücksichtigen: Es wäre der alte linkssektiererische Fehler, ein Programm nur so zu schreiben, dass es einem Ideal folgt, und darauf verzichtet, die Menschen aus den Verhältnissen, unter denen sie leben, auf einen Weg mitzunehmen. Das muss unsere Aufgabe sein.

Wenn dieser Realitätsbezug klar ist, so lässt sich auch auf dieser Grundlage darüber streiten und entscheiden, wie deutlich wir sagen, dass Altersarmut aufgrund schlechter Löhne und schlechter Arbeitsbedingungen vor allem ein Problem von Frauen ist. Dann können wir auch darüber reden, wie man die Rente um Elemente zur Verhinderung von Altersarmut ergänzen kann. Aber zurück: **Wir sollten der alten „Normalarbeit“ keine neue Idee von „Normalarbeit“, und sei sie auch drei- oder viergeteilt, entgegenstellen.**

Wir sollten, bezüglich des Sozialstaats, auf drei Grundsätzen beharren:

- 1) Der Sozialstaat ist eine **Form der kollektiven Vorsorge**, die der privaten Vorsorge hinsichtlich Zukunftssicherheit und Solidarität haushoch überlegen ist. Es bleibt dabei: **Privatisierungen im sozialen Bereichen müssen unseren erbitterten Widerstand finden.**
- 2) Der Sozialstaat **muss ein menschenwürdiges Leben sichern.** Schutz der Menschenwürde als staatliche Aufgabe – das war eine Lehre aus den Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Menschenwürde ist dabei nicht nur vor staatlichen Übergriffen zu schützen, sondern auch vor den Übergriffen wirtschaftlicher Macht oder den Folgen

des Marktes. Das ist unsere Definition, wie Sozialstaat gestaltet sein muss.

- 3) Stärker als bisher sollten wir programmatisch ein drittes Element betonen: Das **Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit**. Wenn die einen aufgrund des Einkommens der Eltern ihre musikalischen Talente entfalten können, warum sollte dies anderen Kinder verwehrt bleiben? Hier kommen wir zu den Aufgaben öffentlicher Einrichtungen. Diesen Aspekt würde ich mir noch deutlicher wünschen. Von kostenlosen öffentlichen Einrichtungen, einem kostenlosen Mittagessen sind wir nach wie vor weit entfernt.

Liebe Genossinnen und Genossen, eine dritte Frage ist die **Friedensfrage**. Aus Zeitgründen möchte ich mich nur kurz zu dieser Frage äußern. Aus meiner Sicht haben wir keinen Grund, unsere **klare Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr**, zu verändern. DIE LINKE ist - und muss es bleiben - die **Partei des Frieden und der Abrüstung**.

Diskutieren sollten wir den Vorschlag Oskar Lafontaines, den er mit dem Begriff Grünhelme umschrieben hat. Vielleicht können wir auch einen Begriff als „Grünhelme“ nehmen. Ich habe festgestellt, der eine oder andere stört sich daran. Man kann es auch „Strohhelme“ nennen, es ist ziemlich egal. Aber, um was geht es? Es geht um eine Einheit, die ausschließlich zu humanitären Gründen im Rahmen der **internationalen Katastrophenhilfe** eingesetzt wird. Ich würde mich freuen, wenn dieser Vorschlag heute auch entsprechend diskutiert werden würde.

Die letzte Frage, der ich mich noch zuwenden möchte, ist **Frage des Eigentums**. Die **Demokratiefrage** handelt davon, wie die Menschen die Mittel in die Hand bekommen, um sich gegen die Zumutungen von privatwirtschaftlichen Interessen, aber auch gegen politische Eliten, die den Kontakt zur Bevölkerung verloren haben, zu wehren.

Wir sind uns einig darüber- und das betrachte ich mit unter der Frage der Demokratie -, dass wir **für einen politischen Streik** in der Bundesrepublik eintreten. Dass wir die sind, die dieses auch voranbringen. Jetzt höre ich, dass Frank Bsirske, der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, unseren Vorschlag aufgegriffen hat und ebenfalls für das Recht auf politischen Streik eintritt. Jetzt sehe ich, dass sie in Frankreich - Pierre Laurent ist anwesend - mit zigfachen Auseinandersetzungen mit Millionen Menschen auf den Straßen erreichen wollten, dass die Rente nicht bis 67, sondern nur ab 63 gelten soll. Das war hervorragend, was die Französinen und Franzosen dort hingekriegt haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Und ich habe auch öffentlich vorgeschlagen, dass der DGB und seine Einzelgewerkschaften doch mal darüber nachdenken sollten - und ich möchte das hier wiederholen -, dass wir nicht nur gucken, was die Franzosen machen, sondern dass wir vielleicht zu einem **gemeinsamen Aktionstag Deutschland und Frankreich** kommen, weil es überall um dieselben Sauereien geht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme nun zur **Eigentumsfrage**. Es geht immer um die Frage, ob und wie sich durch unsere Vorschläge die **Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen verbessern**. Ein Beispiel: Brauchen wir in einer guten Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, Banken? Ja, klar: für den Zahlungsverkehr, fürs Sparen, für Kredite. Aber brauchen wir auch Spekulation, Hedgefonds und ähnlichen Unfug? Nein, liebe Genossinnen und Genossen, das brauchen wir nicht! Aber wir wissen auch: das Finanzkapital birgt die Tendenz zur Verselbständigung in sich. Geld will Geld hecken. Und bei dieser Form des Geldheckens, Geld durch Geld - wird eine wichtige Regel der Ökonomie missachtet. Das ist

die VNKN-Regel. Die VNKN-Regel ist ganz einfach: **Von nichts kommt nichts**, liebe Genossinnen und Genossen. Und wenn das Geld in der Realwirtschaft in der Finanzspekulation landet, ist das schädlich für die gesamte Ökonomie. Deshalb ist es richtig, dass wir uns der Frage stellen, wie wir denn mit den Banken umgehen.

Wenn wir mit dieser Methode, dass die Menschen von unseren Vorschlägen etwas haben müssen, an die Eigentumsfrage herangehen, dann bleiben wir für die Menschen auch verständlich. Wir müssen immer deutlich machen, dass wir **aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts gelernt haben**. Wer aus der DDR kommt, erinnert sich, dass das „Volkseigentum“ wenig demokratisch verwaltet und geführt wurde. Manche erinnern sich daran, dass beim Ausverkauf des Volkseigentums durch die Treuhand zwar viele für ihre Arbeitsplätze kämpften, aber kaum für den Erhalt der VEB als solche. Wohl aber überlebten viele Genossenschaften, weil sich die Genossinnen und Genossen für ihre LPG einsetzten. Für viele steht deshalb die Demokratie-Frage obenan, weil sie erlebt haben, dass ein Wechsel der Eigentumsverhältnisse nicht notwendigerweise automatisch zu mehr Demokratie führt.

Meine Erfahrung und diejenige vieler anderer im Westen besagt, dass wir **starkes öffentliches Eigentum** brauchen, um gegen die privatwirtschaftlichen Interessen von Shell, BP oder Nestlé, oder gegen Ackermänner, Gates und Bertelsmänner Allgemeinwohlinteressen durchzusetzen. Inzwischen werden Stadträte, Landtage, ja sogar der Bundestag wirtschaftlich unter Druck gesetzt. Weil Kommunen strategisches Eigentum privatisiert haben, haben sie kaum noch Gestaltungsspielraum mehr bei der Stadtentwicklung und Wohnungspolitik.

Unter dem Eindruck dieser Erfahrungen sagen wir mit Fug und Recht: **die Eigentumsfrage ist auch eine Frage der Demokratie** in unserem Lande, liebe Genossinnen und Genossen. Die Frage lautet: Wie viel öffentliches, staatliches Eigentum brauchen wir, damit demokratische Entscheidungen nicht von privaten Interessen erdrückt werden? Und wie viel nichtöffentliches, nichtstaatliches, also genossenschaftliches oder anderes privates Eigentum brauchen wir, damit staatliche Institutionen nicht zu herrschenden bürokratischen Apparaten werden? Diese Frage muss der Kompass unserer Debatte sein, nicht die Missverständnisse, die aus unseren unterschiedlichen Erfahrungen herrühren. Ich will es noch einmal anders formulieren: Wenn die Banken in dieser Republik ihre Aufgaben, die Realwirtschaft mit Krediten zu versorgen, wenn die Banken dieser Aufgabe nicht nachkommen, müssen sie unter **gesellschaftliche Kontrolle** gestellt werden.

Wir bekennen uns im Programmentwurf auch zur **Forderung nach mehr Wirtschaftsdemokratie**. Für mich ist das ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus und kein Gegensatz zu einer radikalen Umgestaltung der Eigentumsbeziehungen. Hier stimmt der Satz, dass wir uns nicht mit einem Zurück in die 70er Jahre zufrieden geben. Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsgesetz machen einen großen Bogen um den Einfluss der Arbeitnehmer auf die Investitionsentscheidungen.

Wenn wir von „Wirtschaftsdemokratie“ reden, dann setzen wir diese Frage wieder auf die linke Tagesordnung. Am Beispiel Opel kann man sehen, dass die Dominanz des Finanzmarktkapitalismus so nicht möglich gewesen wäre, wenn die Belegschaften mehr Einfluss auf die langfristigen Investitionsentscheidungen gehabt hätten. Die **Beteiligung an Eigentümer-Entscheidungen** braucht, soll sie dauerhaft sein, eine materielle Basis. Es gilt also auch umgekehrt der Satz: die Demokratiefrage ist eine Eigentumsfrage.

Deshalb treten wir für die **Bildung von Belegschaftseigentum** ein. Belegschaftseigentum ist etwas anderes als Mitarbeiterarbeitsbeteiligung in Form beispielsweise einer

Belegschaftsaktie. Ich habe mich früher bei Hauptversammlungen großer Unternehmer oft gefragt, warum die Menschen, die da auf die Hauptversammlung gehen, sich so dicht am Würstchen-Stand drängten, aber wenig den Reden der Vorsitzenden zuhörten. Bis ich mitbekommen habe, das sie von dem Würstchen, das umsonst war, mehr hatten als von der Dividende in diesem Unternehmen.

Wenn wir über Belegschaftseigentum reden, dann meinen wir **kollektive Eigentumsrechte der Belegschaft an ihren Unternehmen**. Kollektives Eigentum würde bedeuten, dass die Fragen, wird ein Betrieb geschlossen, wird ein Betrieb verlagert, wird ein Produkt in diesem Betrieb nicht mehr produziert – nicht mehr allein von den Arbeitgebern, von den Kapitalinteressen beherrscht wird, sondern am Interesse der Belegschaft und damit auch ein Stückweit an das Gemeinwohl gekoppelt wird. Das ist unser Ziel, wenn wir über diese Fragen diskutieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, **die Verteilungsfrage, die Gerechtigkeitsfrage, die Friedensfrage und die Demokratiefrage** sind die Fragen, denen wir uns als LINKE stellen müssen. Unsere Programmdebatte soll kontrovers geführt werden. Inhaltliche Debatten haben Linken noch nie geschadet, wenn klar war, dass wir miteinander um die **besten Lösungen für die Menschen** streiten.

Unsere Programmdebatte ist keine Selbstbeschäftigung, sondern ein hervorragender Anlass, mit den Menschen in diesem Land über Politik zu diskutieren. Nutzen wir diese Chance, aber beherzigen wir immer einen Satz dabei, der ganz wichtig ist: **Wir müssen die Menschen dort abholen, wo sie sind**. Und wir müssen ein Programm nicht über die Menschen, sondern mit den Menschen gemeinsam machen.

In diesem Sinne danke ich euch für das Zuhören.